

**GASTKOMMENTAR**

# Opfer Demokratie

Europas Außenpolitik ist in der Krise. Eine Militarisierung kann keine Antwort sein, findet Annegret Bendiek.

---

**W**enige Monate vor der Bundestagswahl entdecken die Politiker die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Dabei übersehen sie aber ein zentrales Problem: Die größte Herausforderung kommt aus der Innenpolitik. Warum? Weil vermeintlich wohlmeinende Integrationisten eine Militarisierung der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik wünschen. Nur: Sie wollen diese Politik nicht einer direkten demokratischen Kontrolle unterstellen. Dabei hatte das Bundesverfassungsgericht im Juni 2009 auf die verfassungsrechtlichen Schranken einer schleichenden Europäisierung der Außen- und Sicherheitspolitik hingewiesen.

Europa, so heißt es, müsse sich in einer unüberschaubarer werdenden Welt behaupten und dem Aufstieg Chinas, Brasiliens und anderer Mächte begegnen können. Terrorismus, Cybergefahren, Migration und knapper werdende Rohstoffe machten es notwendig, dass die europäischen Mitgliedstaaten ihre nationalen außen- und sicherheitspolitischen Strukturen überwinden und die leere Hülle der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) mit Leben erfüllten. Gefordert wird die Einführung von Mehrheitsverfahren in der GASP mit dem Ziel, die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames Auftreten gegenüber Dritten zu verpflichten.

Im vergangenen November plädierten die Außenminister von Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Polen sogar für eine Vertiefung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Mit qualifiziert mehrheitlichem Ratsbeschluss kann eine intensive militärische Zusammenarbeit in einer Koalition der Willigen begründet werden. Ziel ist, dass gemeinsame militärische Missionen innerhalb von fünf bis 30 Tagen ihre Arbeit aufnehmen können.

Diese Forderung führt allerdings nicht wirklich zum Ziel. Ganz im Gegenteil. Sie ist problematisch, weil sie den Frieden und die Freiheit in Europa bedroht und den vielleicht unumstrittensten Befund der internationalen Beziehungen übersieht: Die beste - und einzig verlässliche - Gewähr für den Frieden ist die demokratische Kontrolle sicherheitspolitischer Entscheidungen.

Denn wenn die gemeinsame Politik entdemokratisiert wird, dann wird Europa zu einer Gefahr für sich und andere. Eine Verlagerung von Entscheidungen über Krieg und Frieden nach Brüssel verringert die bisher in den Mitgliedstaaten gewährleistete direkte

demokratische Kontrolle. Die Beschlussfassung würde nicht mehr in öffentlichen und transparenten parlamentarischen Beratungen erfolgen. Auch die kritische mediale Begleitung würde deutlich erschwert, wenn Festlegungen im institutionellen Kompetenzgerangel zwischen Kommission, Rat und Europäischem Parlament erfolgten.

Sind wir bereit, nichtdemokratische sicherheitspolitische Entscheidungsstrukturen zu etablieren, nur um koordiniert in Nordafrika zu intervenieren und morgen eventuell eine europäische Cyberverteidigung aufzubauen? Was ist hier das höhere Gut? Die demokratische Kontrolle von Entscheidungen über Leben und Tod oder die vermeintlich effektivere Durchsetzung europäischer Interessen? Für Demokraten dürfte diese Entscheidung schnell zu treffen sein.

**Die Autorin arbeitet bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie erreichen sie unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)**

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an [nutzungsrechte@vhb.de](mailto:nutzungsrechte@vhb.de)